



FuS – Freizügigkeit und Sozialpolitik im historischen und internationalen Vergleich

Kurzbeschreibung

- Aus der EU-Binnenmigration ergeben sich sozialpolitische Konflikte und Spannungen, die historisch und international nicht einmalig sind. Vielmehr sind die politischen Spannungen und Herausforderungen an die Politik inhärent mit dem Recht auf Freizügigkeit in (kon)föderalen Systemen mit dezentralen Verantwortlichkeiten in der Sozialpolitik verbunden.
- Dieser Sachverhalt soll durch ein transdisziplinäres Team mittels eines historisch-internationalen Vergleichs mit den Entwicklungen im Norddeutschen Bund sowie in den Vereinigten Staaten von Amerika systematisch erforscht und die Lehren für die deutsche Sozial(hilfe)politik im Spannungsfeld zur EU herausgearbeitet werden.
- Diese Gebietskörperschaften wurden gewählt, weil sie über eine Reihe von Gemeinsamkeiten verfügen (u.a. unterschiedliche ökonomische Entwicklungsniveaus; signifikante Binnenmigration; sowie einzelstaatliche Verantwortung für Wohlfahrtsleistungen).
- Spezifisch wird es darum gehen, die sozialen und sozialpolitischen Auswirkungen von Binnenmigration auf lokaler und regionaler Ebene sowie die politischen und sozialpolitischen Antworten verschiedener politischer Akteure auf die Freizügigkeit auf lokaler/regionaler und föderaler Ebene herauszuarbeiten.
- Der historische und internationale Vergleich der Freizügigkeitsproblematik und des Zugangs zu sozialen Rechten in (kon-) föderalen Systemen bietet die Möglichkeit, die gegenwärtigen Entwicklungen und ihre Implikationen für die europäische Integration und die Sozialpolitik in größeren (historischen) Zusammenhängen zu verstehen und sozialwissenschaftlich zu erklären.

Binnenwanderung & Sozialhilfe in Deutschland

Deutschland ist einer der EU-Mitgliedsstaaten mit der höchsten Zuwanderung von EU-Bürger*innen – die Zuwanderung von Unionsbürger*innen nach Deutschland hat sich seit 2010 fast verdreifacht.

Forschungsfragen:

- Welche Maßnahmen und Reforminitiativen haben lokale Gebietskörperschaften auf nationaler und europäischer Ebene eingefordert bzw. unterstützt, um die Herausforderungen der Binnenmigration zu bewältigen?
- Welche lokalen politischen Konstellationen und lokal-spezifischen Entwicklungen können die Position der Städte erklären?
- Wie haben sich bundesrechtliche Änderungen auf lokaler Ebene ausgewirkt?

Disziplinärer Zugang: Politikwissenschaft / Soziologie

Mitarbeiter: Dominic Afscharian

Personen

Nachwuchsgruppenleitung

Jun.-Professorin Dr. Cecilia Bruzelius

Wissenschaftliche Mitarbeiter*innen

Dominic Afscharian, MA (Politikwissenschaft)

Thore Menze, MA (Geschichte)

NN

Projektadministration

Julia Buchner

Projektverantwortlicher

Professor Dr. Martin Seeleib-Kaiser

Binnenwanderung & Sozialhilfe im Norddeutschen Bund

Nach der Verabschiedung des Unterstützungswohnsitzgesetzes (UWG) im Jahr 1870 hatten alle Bürger*innen und Untertanen in den Mitgliedstaaten des Norddeutschen Bundes Anspruch auf Armenfürsorge, unabhängig davon, wie lange sie in einer Gemeinde wohnhaft waren.

Forschungsfragen:

- Wie kann die Zustimmung bzw. Ablehnung zu diesem Gesetz seitens der Einzelstaaten erklärt werden?
- Welche Auswirkungen hatte diese Gesetzesänderung für die Binnenmigration?
- Wie haben die Mitgliedstaaten und Kommunen auf diese Veränderung der Rechtsgrundlage reagiert?

Disziplinärer Zugang: Geschichte / Politikwissenschaft

Mitarbeiter: Thore Menze

Vorarbeiten

Bruzelius, C. (2019) 'Non-for-profits and EU citizens' cross-border social rights in different welfare states', *Journal of Social Policy*, forthcoming

Seeleib-Kaiser, M. (2019) EU citizenship, duties, social rights. In: R. Bauböck (ed.) *Debating European Citizenship*. Cham, Switzerland: Springer, pp. 231-234.

Bruzelius, C. (2018) 'Freedom of movement, social rights and residence-based conditionality in the EU'. *Journal of European Social Policy*, 29(1): 70-83.

Pennings, F. and Seeleib-Kaiser, M. (eds.) (2018) *EU citizenship and social rights: entitlements and impediments to accessing welfare*. Cheltenham: Edward-Elgar.

Bruzelius, C.; Reinprecht, C. and Seeleib-Kaiser, M. (2017), 'Stratified Social Rights Limiting EU Citizenship', *Journal of Common Market Studies*, 55(6): 1239-1253.

Bruzelius, C. and Seeleib-Kaiser, M. (2017) 'European citizenship and social rights'. In: P. Kennett and N. Lendvai (eds.) *A handbook of European social policy*. Cheltenham: Edward Elgar, 155-166.

Binnenwanderung und Sozialhilfe in den USA

Die Sozialhilfe in den USA ist weitgehend auf einzelstaatlicher Ebene geregelt. Das Supreme Court erklärte restriktive Zugangsregelungen auf der Grundlage der Wohnsitzdauer seitens der Einzelstaaten für verfassungswidrig.

Forschungsfragen:

- Was waren die unterschiedlichen juristischen Begründungen für die Einführung der Regelungen (Mindestwohnsitzdauer) bzw. deren Verfassungswidrigkeit?
- Welche Folgen hatten die Gerichtsentscheidungen für die Binnenwanderung und den Sozialhilfebezug in den betroffenen Einzelstaaten.

Disziplinärer Zugang: Politikwissenschaft / Rechtswissenschaften

Mitarbeiterin: NN

Mindestsicherung in Europa, Konzeptionelle Perspektiven und Vergleich

Folgende Arbeiten werden im Mittelpunkt dieses Arbeitspakets stehen:

- theoretische und konzeptionelle Rahmung des Gesamtvorhabens; ii) empirische vergleichende Analyse;
- Management der Nachwuchsgruppe

Mitarbeiterin/Nachwuchsgruppenleiterin: Jun.-Prof. Dr. Cecilia Bruzelius